

lische Hilfsorganisation Caritas, war bei der Tarnung behilflich.

Die West-Berliner Dependence der Caritas richtete einen Dispositionsfonds für humanitäre Zwecke ein. Bundeszuschüsse, die vorgeblich zur Lieferung medizinischen Geräts in die DDR gedacht waren, wurden für geheime West-Ost-Transaktionen abgezweigt.

Zwischen 1979 und 1982 flossen rund 10,9 Millionen Mark Haushaltsgeld in die Kasse der Caritas. 5,56 Millionen Mark gingen über Geldbriefträger Stange an das Ministerium zurück. Die zuständigen Kontrolleure wurden über die Verwendung des Geldes getäuscht.

Der Schwindel flog nach dem Bonner Regierungswechsel auf. Über Einzelheiten schwiegen sich Franke und Hirt allerdings aus. Es stünden Menschenleben auf dem Spiel, erklärten beide, für Fluchhilfe- und Geheimdienst-Geschäfte gebe es keine Quittungen. Alle Belege, sagte Franke, seien nach Abschluß der Aktionen sofort vernichtet worden. Hirt: „Die Lebenserfahrung zeigt, daß Vertraulichkeit und Geheimhaltung fast nie zu verwirklichen sind.“ Franke: „Jeder weitere Mitwisser ist einer zuviel.“

Die beiden Genossen demonstrierten lange Zeit Schulterschluß. Hirt, so Franke, habe „mit einer Gewissenhaftigkeit, um die ihn manche beneiden“, seine „Aufgaben erfüllt“. Doch als Minister trage natürlich er selber die „volle Verantwortung“. Solche Erklärungen gab Franke offenbar ab, weil er der „festen Überzeugung“ war, Hirt werde schon bald einiges über den Verbleib des Geldes sagen und „die Dinge erhellen“. Doch der Adlatius von einst dachte gar nicht daran. Auf die „schriftliche Aufstellung der Einzelfragen“, die der Beamte dem Bonner Staatsanwalt Hans Bernhard Jansen 1983 versprochen hat, wartet der Ankläger heute noch.

Hirt erklärte, er könne aus grundsätzlichen, aber auch aus persönlichen Gründen zur Sache nichts aussagen. Er sei von einem Unbekannten telephonisch massiv bedroht und zum Schweigen aufgefordert worden. Der Verdacht, Hirt könnte mit staatlichem Geld privat Kasse gemacht haben, bestätigte sich bei einer Hausdurchsuchung nicht.

Weil Hirt so beharrlich schwieg, ging sein Ex-Chef Franke auf Distanz. Der von Genossen nach wie vor als integer eingeschätzte Sozialdemokrat, der im Dritten Reich Jahre im Zuchthaus und in der Strafeinheit 999 verbrachte, trennte sich Ende 1983 von Hirt, der bis dahin in Frankes Abgeordneten-Büro gearbeitet hatte.

Hirts Bonner Anwalt Karl-Heinz Ohlsson hat eine Prozeß-Strategie aufgebaut, bei der Franke nicht gut wegkommt. Der Minister, behauptet Ohlsson, habe die Aktivitäten seines Beamten „nicht nur gekannt“, er habe sie „vielmehr gebilligt“ und „kraft der dem hierarchischen System eigenen Wei-

sungsbefugnis“ durch Hirt „zur Ausführung bringen“ lassen. In allen Fällen habe Hirt konkrete Einzelanweisungen des Ministers bekommen.

Ohlsson teilte dem Gericht schon vor Wochen mit, „erkennbar einziges Beweismittel für die tatsächliche Verwendung der Gelder“ bleibe die Aussage Hirts, und der Beamte werde sein „Ausgesageverhalten nicht ändern“. Folglich gebe es auch „keine Beweise“.

Den Franke-Verteidigern Höcherl und Neumann blieb keine andere Wahl, als vor Gericht Frankes nachlässige Arbeitsweise zu Protokoll zu geben – eine Entlastung, die einer politischen Demontage gleichkommt. Ihr Mandant, räumten sie ein, habe sich „nach seinem besonderen Amtsverständnis“ um Einzelheiten „niemals gekümmert“. Zeugen hätten „die Erfahrung gemacht“, daß der Minister „zu Einzelheiten keinerlei Auskunft geben konnte“. Er war „darüber offensichtlich nicht informiert“.

Frankes schludrige Arbeitsweise sollen auch noch der frühere Kanzleramtschef Manfred Schüler und Ex-Minister Schmude bezeugen. Schmude soll bestätigen, daß Franke noch im Februar 1983 – als die Affäre schon ruchbar geworden war – keine Ahnung hatte, wo das Geld geblieben war.

Die Bonner Staatsanwaltschaft wertet die Verteidigungsstrategie als Tarnmanöver. Franke versuche nur, seine früheren Angaben zu relativieren. Der SPD-Politiker, schrieb Staatsanwalt Jansen, habe den Verwendungszweck gekannt.

Als Beleg gilt den Ermittlern ein Brief Frankes an den Christdemokraten Rainer Barzel, der nach der Wende vorübergehend das Ministerium geleitet hatte. In dem Schreiben, abgesandt im Dezember 1982, erklärte Franke, die verschwundenen Summen seien „ausschließlich für humanitäre Zwecke verwendet wor-

den“. In „jedem Einzelfall ist von mir eine Entscheidung getroffen worden“.

Frankes Verteidiger hingegen argumentieren, der Minister habe weder von der Barzel-Anfrage noch von seiner eigenen Antwort Kenntnis gehabt – er habe blind unterschrieben. Gerade dieser Vorgang scheint den Anwälten ein Beleg für die „einzigartige, ganz besondere Vertrauensstellung“ Hirts. Der Beamte habe die Barzel-Anfrage mit nach Hause genommen und ohne Rücksprache ein Antwortschreiben formuliert. Erst ein dreiviertel Jahr später habe Franke erfahren, was Barzel von ihm wollte.

Während selbst SPD-Kanalarbeiter, die sich gern als „Freunde sauberer Verhältnisse“ rühmen, inzwischen von ihrem Genossen abrücken, steht einer in Treue fest. Der Ost-Berliner Anwalt Vogel hat in Bonn bei den Christliberalen gegen die Behandlung des Falles protestiert. Was mit Franke geschehe, sei „geradezu schändlich“.

GRÜNE

Torso von Schwup

Nach einem Beschluß zum Thema Sex mit Kindern sind die Wahl-Chancen der ohnehin chaotisch zerstrittenen NRW-Grünen weiter gesunken.

Beim Bericht über die Lage schlugen sich die führenden Sozis in Düsseldorf vor Vergnügen auf die Schenkel: Endlich hatten sie die Grünen, ihre Angst-Gegner bei der Landtagswahl in sieben Wochen, in der richtigen Ecke.

Mit einem Beschluß zum Thema Sexualität und Kinder hatte die Öko-Par-

* Auf einer Sitzung des NRW-Landeshauptausschusses am 16. März in Dortmund.



Grünen-Geschäftsführer Pannen*: „Idiotisch und unverantwortlich“



Grünen-Parteitag, Nürnberger Stadtindianer*: Werbung für Kinder-Sex

tei, wie Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann befand, „Abscheu beim überwiegenden Teil der Bevölkerung“ erregt. „Wenn die so weitermachen“, freute sich Regierungschef Johannes Rau, „landen die bei der Wahl eher bei vier als bei sechs Prozent.“

Auch die Bundesregierung meldete sich zu Wort. Justizminister Hans Engelhard, sonst weniger schnell, unterstellte flugs „erheblichen Teilen der nordrhein-westfälischen Grünen“, wenn es nach ihnen ginge, wären demnächst „schon sechsjährige Jungen und Mädchen auf dem Schulweg nicht mehr sicher, durch sexuelle Angriffe von Erwachsenen seelisch nachhaltig geschädigt zu werden“. Der Deutsche Kinderschutzbund warnte vor einem angeblichen Grünen-Wunsch, „das Kind als Lustobjekt freizugeben“.

Die Grünen, faßte die alternative „Tageseitung“ („taz“) das Presseecho zusammen, seien „alle ‚Kinderficker‘“ – ein Image, das die Partei einem 21seitigen Entwurf mit dem Titel „Sexualität und Herrschaft“ verdankt, der eine grundlegende Änderung des geltenden Sexualstrafrechts vorschlägt.

Eine rund zwanzigköpfige grüne Arbeitsgruppe namens „Sexualität und Herrschaft“ – die sich selber in Anspielung auf die ihr angehörenden Schwulen und Pädophilen „SchwuP“ abkürzte – hatte das Papier dem Landesparteitag in Lüdenscheid am 9. März als Teil des Wahlprogramms zur Beschlußfassung vorgelegt. Trotz etlicher Warnungen aus den eigenen Reihen billigten die Delegierten den Inhalt nach fast dreistündiger Diskussion mit 76 zu 53 Stimmen, allerdings wegen einiger noch klärungsbedürftiger Dissenspunkte nur als „Arbeitspapier“. Kernthesen:

- ▷ „Einvernehmliche Sexualität ist eine Form der Kommunikation zwischen Menschen jeglichen Alters, Geschlechts, Religion oder Rasse und vor jeder Einschränkung zu schützen . . . Gewaltfreie Sexualität muß frei sein für jeden Menschen.“ Nicht akzeptabel sei die Ausübung von Sexualität nur dort, wo „Gewalt und Abhängigkeit“ im Spiel seien.
- ▷ „Gewaltfreie Sexualität darf niemals Gegenstand strafrechtlicher Verfolgung sein . . . Daher sind alle Straftatbestände zu streichen, die gewaltfreie Sexualität mit Strafe bedrohen.“ Deshalb müsse „das gesamte Sexualstrafrecht gestrichen“ und „unter dem Aspekt von Gewaltanwendung zu einem neuen Paragraphen zusammengefaßt“ werden.

Die öffentliche Empörung entzündete sich an zwei Details: Die Verfasser hatten den Grundsatz der Gewaltfreiheit, die straflos bleiben müsse, auch auf Sexualität unter Minderjährigen sowie zwischen Erwachsenen und Minderjährigen angewandt (siehe Kasten Seite 52).

Da half auch nicht, daß die Autoren ihr Papier nur als „Versuch einer Lösung“ und als „Torso ohne Arme, ohne Beine und Kopf, vielleicht noch nicht einmal das“, bezeichnet hatten – es hagelte Protest: Anhänger deckten die Landesgeschäftsstelle mit wütenden Telefonanrufen ein, Delegierte drohten mit Mandatniederlegung, Mitglieder mit Wahlkampfboykott oder Austritt.

Die Basis opponierte gegen Forderungen, wie sie zuvor immer nur Betroffene erhoben hatten – etwa Mitglieder einer Nürnberger „Indianerkommune“, in der Minderjährige und Erwachsene zusammenleben und die schon 1980 einen Grü-

* Im Juni 1980 in Dortmund.

nen-Parteitag nutzen, für Soft-Sex mit Kindern zu werben.

Sexualwissenschaftler wie der Hamburger Günter Amendt warnen vor dem „Begriffswirrwarr“, mit dem Pädophile – Menschen, die zwanghaft ihre Sexualobjekte unter Kindern suchen – ihre Absichten vernebeln. Amendt: „Sie reden von der ‚Befreiung der Kindheit‘, meinen aber nichts anderes als die Freiheit von Erwachsenen, sexuelle Beziehungen zu Kindern unterhalten zu dürfen.“

Als auch noch Feministinnen das Grünen-Papier mit der Behauptung attackierten, Opfer von Pädophilen seien vorwiegend kleine Mädchen, der Beschluß sei folglich mädchen- und frauenfeindlich, gingen Parteifunktionäre vollends auf Distanz zu der „idiotischen und unverantwortlichen“ Aussage, so NRW-Geschäftsführer Martin Pannen. Vorstandsmitglied Michael Happe sekundierte: „Wir können mit diesem Programmteil nicht leben.“

Nur sieben Tage nach dem Parteitag setzte der Landeshauptausschuß den Sex-Beschluß mit 40 zu vier Stimmen wegen „schwerer Bedenken“ aus, ohne ihn aufzuheben. Eine Landesdelegiertenkonferenz, die sechste innerhalb von vier Monaten, soll Ende dieser Woche „ein konsensfähiges, wesentlich verändertes Papier zur Sexualität verabschieden“, so Grünen-Sprecher Matthias Hoppe.

Der politische Schaden wird dennoch kaum zu beheben sein – zumal die NRW-Grünen seit Monaten schon das Bild einer chaotisch zerstrittenen Partei bieten. Erst gab es Krach um die Frage der Zwangsrotation innerhalb der Legislaturperiode, dann beschwerten sich die 16 Angestellten der Geschäftsstelle über „brutale Mißachtung ihrer sozialen Interessen“ und drohten mit unbefristetem Streik. Überdies balgten sich SPD-nahe „Realos“ und fundamentalistische Koalitionsverweigerer um die Aufstellung der Landtagslisten.

Der sechsköpfige Landesvorstand zerstritt sich Anfang März über einen Rechenschaftsbericht – Verweigerer und Reformler waren uneins, ob die Partei politische Kompromisse eingehen darf. Als die NRW-Grünen kurz nach der Saar-Wahl überraschend erklärten, sie seien nun doch zu „ernsthaften Verhandlungen mit der SPD über die Wahl des Ministerpräsidenten bereit“, war die Verwirrung komplett.

Die plötzlich umworbene SPD zeigte sich keineswegs angetan von der Offerte. Karl Josef Denzer jedenfalls, Fraktionschef im Landtag, kommentierte, auf Grüne, „die heute so und morgen ganz anders beschließen“, sei kein Verlaß: „NRW braucht klare Verhältnisse.“

Ähnlich sehen es offenbar viele Wähler. Seit Monaten büßen die NRW-Grünen, den Demoskopien zufolge, in halben Prozentschritten Sympathien ein. Zur Zeit liegen sie nur mehr leicht über sechs Prozent.